

Pressemitteilung

Stadt Plauen hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem

In der gestrigen Stadtratssitzung hat eine Mehrheit der Stadträte im Zuge der Haushaltskonsolidierung der Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer zugestimmt. Die CDU-Fraktion blieb mehrheitlich ihrem Kurs treu und hat die Erhöhung der Gewerbesteuer nicht mitgetragen. Dies ist ein klares Signal an die Unternehmen, dass wir uns der Verantwortung bewusst sind und wir nicht bereit sind, Plauen wirtschaftspolitisch immer weiter zu schwächen.

„Unsere Zustimmung zu Grundsteuererhöhungen haben wir aus Verantwortung für die weitere Handlungsfähigkeit der Stadt Plauen getroffen“, so der Fraktionsvorsitzende Jörg Schmidt. Er sieht im Drehen an der Steuerschraube jedoch auch eine gewisse Fortsetzung jener leichtfertigen Politik, die Plauen dorthin führte, wo es heute steht – finanziell vor dem Abgrund! Wie der Vorsitzende der CDU-Fraktion in seiner Rede betonte, hat die Stadt Plauen nach wie vor kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem, wie es bereits von der Rechtsaufsichtsbehörde seit drei Jahren aufgezeigt wird. Ein „Weiter so!“ kann es hier nicht geben, wenn die Stadt Plauen nicht letztlich unter Zwangsverwaltung geraten will. Steuererhöhungen allein werden der Haushaltskonsolidierung nicht gerecht, denn mit der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer wird die Attraktivität der Stadt aus wirtschaftspolitischer Sicht weiter abnehmen. Damit wird es den wenigen starken Mittelständlern, die uns verblieben sind, in ihrer Handlungsfähigkeit nicht leichter gemacht.

Auch der städtische Wald stand auf der Tagesordnung. Die CDU-Fraktion brachte dazu den Vorschlag ein, sich mit einem renommierten Fachmann zusammzusetzen, welcher die Fraktion bereits seit längerem berät und dieses sensible Thema anzugehen. „Ein Verkauf des Waldes ist keine Option, wir wollen das Tafelsilber erhalten. Die Altvordern haben diesen Bestand zum Wohle der Stadt langfristig aufgebaut, diesen gilt es zu schützen.“, so Jörg Schmidt. Auch im Rat selbst regte sich zu diesem Vorschlag Zustimmung über die Parteigrenzen hinweg.

„Wir müssen weiter an der Ausgabenseite arbeiten. Insbesondere die unübersichtlichen Strukturen in den Eigenbetrieben müssen neu gegliedert werden, um nachhaltig effektiveres Arbeiten und eine Senkung des Kostenanteils zu erreichen. Zudem müssen Rathaus-Strukturen neu überdacht und zu sinnvollen Einheiten gegliedert werden“, so der Fraktionsvorsitzende mit Blick auf die Zukunft für unsere Heimatstadt, in der es sich auch künftig für alle gut leben lassen soll.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Plauen als attraktiven Standort intensiver zu vermarkten und die verschiedenen Fachbereiche noch besser zu verzahnen.

Die CDU-Fraktion befürchtet spätestens mit dem Auslaufen des Solidarpakts Ost 2019 eine weitere Verschärfung der Situation und will deshalb die städtischen Finanzen bis dahin unbedingt zukunftsfest machen.

Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender

Plauen, 21.10.2015